

„Aktion 21“: 30 Wiener Bürgerinitiativen rufen zu aktivem Widerstand gegen Zerstörung des Lebensraumes auf

Bürgerzorn gegen Politiker-Willkür

Von Werner Grotte

■ Dabei: Aktivisten von Grinzing bis Rothneusiedl.

■ Gefordert wird mehr Mitsprache für betroffene Bürger.

Wien. Nimmt man jene 30 bis 40 Prozent Nichtwähler, die regelmäßig keiner Partei ihre Stimmen geben, kann man von einem hohen Anteil an Politikverdrossenheit ausgehen. Auch die Zahl jener, die aktiv gegen allzu selbstherrliche Wiener Stadtpolitik auftreten, steigt rapide an: Bei der Ein-Jahres-Bilanz der „Aktion 21“ am Mittwoch riefen 30 vereinigte Bürgerinitiativen aus allen Bezirken, von Grinzing bis Rothneusiedl, vom Flötzersteig bis Handelskai zum gemeinsamen Widerstand gegen Monsterbauprojekte und Zerstörung des Lebensraumes auf. Konkrete Forderung: Mehr Mitspracherecht für Bürger, transparentere Entscheidungsfindung, weniger Rücksicht auf (Bau-)Lobbys.

„Unsere angeblich demokratisch verankerten Mitspracherechte sind nur Worthülsen von Politikern und beziehen sich auf Bagatellen wie Standorte von

Parkbänken oder Blumenkisteln“, formulierte es „Wien-Mitte“-Sprecher Helmut Hofmann.

Seine Initiative hatte zuletzt 15.000 Unterschriften gegen die Schließung der Landstraßer Markthalle gesammelt – vergeblich. „Gegen das neue Bahnhofsmonster kämpfen wir seit 1999 und haben zumindest eine Umplanung erreicht. Aber generell ist der Umgang der Stadtregierung mit betroffenen Anrainern skandalös“, sagt Hofmann.

Ins gleiche Horn stößt Erich Guzmits von der Bürgerinitiative Rothneusiedl: Er kann gut 6000 Unterschriften gegen die geplante Verwandlung des südlichen Wiener Grüngürtels in eine Stadion- und Einkaufszentrums-Landschaft aufweisen. „Dafür wurden wir von Planungsstadtrat Rudolf Schicker zuletzt öffentlich mit Klage bedroht, nur weil wir die letzten Felder hier für unsere Kinder retten wollen“, meint Guzmits.

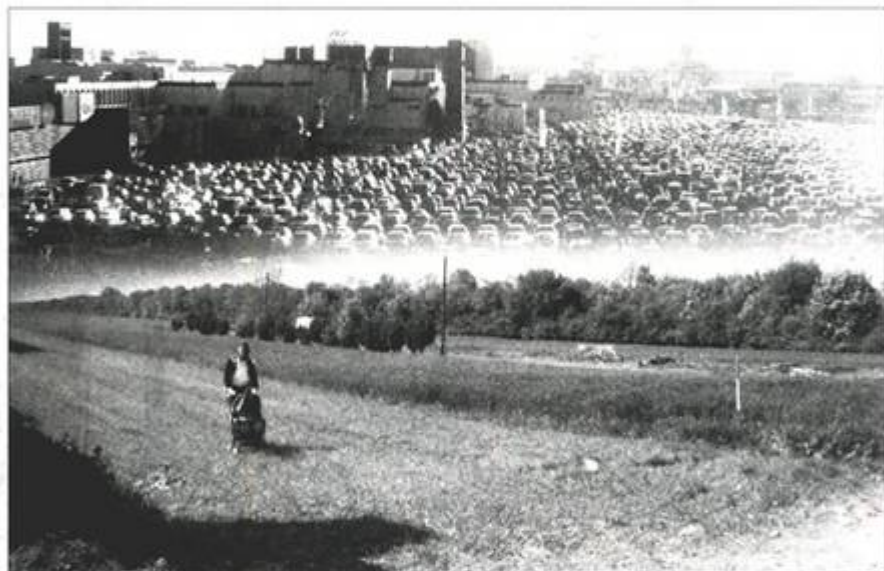
Ein weiteres Beispiel städtischer Willkür liefert eine Anrainerin der Komet-Gründe in Meidling: „Hier soll mit Billigung der Stadt Wien ein Hochhaus entstehen, dessen Planer nicht einmal wusste, dass die Häuser rundherum bewohnt sind!“

Seit gar 50 Jahren kämpft die Penzinger Bürgerinitiative Flötzersteig – die älteste ihrer Art in Europa – gegen steigende Luftvergiftung durch immer mehr Müllverbrennung in Wien: „Wir wurden schon 1958 von Bürgermeister Franz Jonas ignoriert – heute interessiert sich Umweltstadträtin Ulli Sima nicht für mögliche Alternativen wie etwa biologisch-mechanische Verfahren“, ärgert sich Sprecherin Carola Röhrich.

Und auch die Grinzingler fehlen im Reigen der Unzufriedenen nicht: „Das weltberühmte Heurigenensemble Cobenzlgasse ist jetzt schon fast komplett zu Eigentumswohnungen umgebaut; der Weinhauerort Grinzing wird mit System und politischer Billigung zerstört“, erklärt „Weltkulturerbe Grinzing“-Aktivist Michael Lenzenhofer.

Auslöser: Bacherpark

Dass es anders auch geht, zeigt das Beispiel der geplanten Verbauung der stillgelegten Tramway-Remise Breitensee in Penzing in ein Wohn- und Geschäftsviertel: Dort sitzt schon seit Planungsbeginn Franz Pelda von der lokalen Bürgerinitiative in der Jury, die Montag über den ausgeschriebenen Architektenwettbewerb



Rothneusiedl: Aus Feldern (u.) könnte Einkaufstempel (o.) werden. Fotos: apa/ziegler

zu entscheiden hatte. „Wir wissen noch nicht, ob wirklich alles im Sinne der Anrainer verwirklicht wird, aber zumindest die Vorgangsweise ist nahe daran, was wir unter Demokratie verstehen“, meint Pelda. Er organisierte vor rund zwei Jahren den erfolgreichen Widerstand gegen die Rodung des Penzinger Schützelparks im Zuge eines Volksgaragenbaues.

Ursprung der „Aktion 21“ ist nicht umsonst ein noch berühmteres Beispiel bürgerlicher Wehrhaftig-

keit, nämlich der Kampf um den ebenfalls von Verbauung bedrohten Bacherpark in Margareten: „Wir konnten eine bereits baugenehmigte Tiefgarage gegen massiven politischen Willen verhindern, das hat Mut gemacht“, betont die damalige Bezirks-Aktivistin und heutige „Aktion 21“-Sprecherin Herta Wessely. Die im Bacherpark 2005 losgetretene Protestlawine führte zum Zusammenschluss von immer mehr Initiativen bis zur Gründung der „Aktion 21“ vor genau einem Jahr.

Wessely will die Plattform von politischen Strömungen freihalten: „Unsere Internetseite www.aktion21.at zeigt klar: Hier sind alle willkommen, ob sie gegen den Bau eines Einkaufstempels oder einer Moschee sind, wenn dabei seitens der Entscheidungsträger Anrainerinteressen missachtet werden.“ Was die Unzufriedenen noch eint: „Unabhängigkeit heißt auch: Alles selber machen, alles selber zahlen. Ohne viel Idealismus geht das nicht“, verrät Wessely. ■